

10. Gemischte Gefühle und unterschiedliche Reaktionen: Österreich von der Anerkennung bis zum Ende der DDR und die deutsche Einigung

Österreich versuchte wiederholt seine eigenständige und neutrale Position gegenüber und zwischen den beiden deutschen Staaten hervorzuheben. Dabei galt es, die Beziehungen zur DDR schrittweise zu normalisieren.

Bei den Leipziger Messen war Österreich der zweitgrößte Aussteller und im Handel der zweitgrößte Partner nach der Bundesrepublik. Letzterer betrug aber lediglich circa $\frac{1}{40}$ des Austausches zwischen dem mit der Bundesrepublik.

Ein Jahr nach dem Dienstantritt seines Botschafters in Ost-Berlin paraphierte Österreich am 31. Juli 1974 einen Konsularvertrag mit der DDR, der am 25. März 1975 unterzeichnet wurde, am 13. Oktober in Kraft trat und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ermöglichte – ein Vorgang, der von Bonn kritisiert wurde, aber hingenommen werden musste. CDU-Oppositionsführer warfen Österreich vor, „den Deutschen in den Rücken zu fallen“. Bei einem Treffen zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundeskanzler Bruno Kreisky anlässlich des Opernballs im Februar 1975 konnten bereits im Vorfeld die Unstimmigkeiten bereinigt werden. Die Bundesrepublik lehnte weiterhin eine DDR-Staatsbürgerschaft ab, was sich 1989/90 rückblickend als richtig erweisen sollte. So konnten die Flüchtlinge aus der DDR problemlos als „deutsche Staatsbürger“ behandelt und aufgenommen werden. Eine Sonderaufgabe bestand in folgendem Umstand: Circa 15.000 Österreicherinnen und Österreicher lebten in der DDR. Etwa 1.000 „Härtefälle“ von DDR-Bürgern konnten nach Österreich ausreisen, u. a. aus Ausreise-, Heiratsmotiven, aber auch aus Gründen der Familienzusammenführung.

Vom 30. März bis 1. April 1978 besuchte Kreisky nach Willy Brandt als zweiter westlicher Staatsmann die DDR – die Begegnung mit dem steifen Willi Stoph verlief unergiebig. Kreisky empfand ihn als „langweiligen Bürokraten“. Mit Erich Honecker gab es schon ein offeneres und hochpolitisches Gespräch. Vom 10. bis 12. November 1980 erfolgte dessen Gegenbesuch in Wien – sieben Jahre vor seiner Visite in Bonn. Der Chef des Politbüros und Staatsratsvorsitzende wollte die Bundesrepublik schon früher besuchen, wurde aber von Moskau davon abgehalten. Im Oktober 1983 erfolgte der Besuch von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger in der DDR. Ab dieser Zeit häuften sich auch Ausreisen von DDR-Bürgern nach Österreich, im Jahre 1983 waren es 317, 1984 schon 1.043 und seit 1985 monatlich durchschnittlich 600 Personen.

Die Virulenz der deutschen Frage und die sich rasch vollziehende deutsche Einigung überraschten sowohl Österreichs Diplomatie und Politik als auch die öffent-

liche Meinung. Franz Wunderbaldinger, Botschafter in Berlin-Ost, und Friedrich Bauer, Botschafter in Bonn, waren Anfang September 1989 noch „übereinstimmend davon überzeugt, dass das Gerede [von der Wiedervereinigung] nicht ernst zu nehmen sei“. „Niemand in politischer Verantwortung“, so Bauer, würde eine solche anstreben. „Das Nebeneinander der beiden Staaten würde von praktisch allen akzeptiert. Das maximale und von fast allen politischen Parteien getragene Ziel einer ‚Deutschlandpolitik‘ wäre lediglich, die zwischen diesen beiden Staaten bestehenden Kontakte auf allen Ebenen zu verdichten.“ Wunderbaldinger machte darüber hinaus deutlich, „dass es auch in der DDR keinen großen Druck zu radikalen Veränderungen gäbe. Mit plötzlichen Aufwallungen und Kursänderungen sei nicht zu rechnen. Weil er im Großen und Ganzen funktioniert, würde der Staat von der Bevölkerung auch akzeptiert.“ Der leitende Beamte am Ballhausplatz, Gesandter Thomas Nowotny, bezweifelte all dies: „In beiden deutschen Staaten gibt es Anzeichen für eine grundsätzliche Änderung des politischen Klimas.“ Verwiesen wurde auf den Historikerstreit in der Bundesrepublik, in dem „Deutschlands Kriegsschuld relativiert“ worden sei, und die Infragestellung der polnisch-deutschen Grenze. Einen „DDR-Nationalismus“ gebe es wahrscheinlich nicht, „bestenfalls das Gefühl einer gewissen Heimatverbundenheit“. An „gewisse komfortable Einrichtungen“, wie sichere Arbeitsplätze, billige Grundnahrungsmittel und Wohnungen, habe man sich zwar gewöhnt, das reiche aber „nicht für eine eigene Identität“ aus. Die „Wiedervereinigung“ stehe in Zukunft sehr wohl auf der politischen Tagesordnung beider deutscher Staaten und die westeuropäischen Staaten könnten dagegen formell nichts einwenden. Tatsächlich wünsche „natürlich niemand“ eine Anwendung des Selbstbestimmungsrechts, welches als Prinzip von allen Staaten international anerkannt war, für eine „Wiedervereinigung“: „Diese Furcht wird aber nicht laut artikuliert. Zu sehr ist man sich bewusst, dass man durch ein offenes Auftreten gegen die Wiedervereinigung nur die extremen und nationalistischen Kräfte der Bundesrepublik stärken würde. Es gibt in dieser Frage also keinen offenen politischen Dialog mit der BRD – nur eine uneingestandene stumme Furcht.“ Nowotny ließ keinen Zweifel über das von ihm als gespenstisch geschilderte Szenario: „Eine Wiedervereinigung wäre für diese Ordnung sicher ein gewaltiger Schock.“ In seiner differenzierten Analyse nahm sich jedoch ein solcher Vorgang für den Fall seiner Verwirklichung gar nicht so dramatisch, ja weit weniger negativ aus: In der Bundesrepublik sei nicht nur das Bevölkerungswachstum gering oder sogar negativ, auch ökonomisch sei sie „weit weniger dynamisch als sie selbst und andere europäische Staaten das gemeinhin annehmen“. Man müsse davon ausgehen, dass selbst bei einer „Wiedervereinigung“ die jetzige DDR nicht sofort auf das wirtschaftliche Niveau der Bundesrepublik gebracht werden könnte. Dass

eine Neutralisierung Deutschlands die Voraussetzung oder Folge eines Zusammenschlusses der deutschen Staaten sei, hielt Nowotny aus einer Reihe von Gründen nicht für zwingend: Er zitierte eine Äußerung Chruschtschows gegenüber Kreisky aus früheren Jahrzehnten, wonach Neutralität für kleinere Staaten ein angemessener Status, nicht aber für solche anwendbar sei, die aufgrund großen Eigengewichtes ein maßgeblicher Faktor der internationalen Beziehungen seien. Nowotny weiter: Eine Neutralisierung der jetzigen Bundesrepublik würde das westliche Verteidigungsbündnis so schwächen, dass es „substanzlos“ werden würde. Frankreich verfolge mit seiner Europapolitik das Ziel, die Westbindung der Bundesrepublik so zu stärken, dass sie „de facto unauflösbar“ werde. Nowotny hielt eine vergrößerte Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis für wahrscheinlicher als ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland, wodurch sich eine militärische Verschiebung zulasten des Ostens ergebe, die allerdings „weniger weitgehend“ sein werde als man zunächst vermutete. Der österreichische Diplomat resümierte sehr realistisch und durchaus weit blickend: „Trotz der Lippenbekenntnisse zum ‚Selbstbestimmungsrecht‘ wünscht heute kein europäischer Staat eine deutsche ‚Wiedervereinigung‘. Es kann aber die Furcht vor einer solchen Wiedervereinigung zu einem sehr destabilisierenden Element der europäischen Politik werden; ohne dennoch eine Wiedervereinigung verhindern zu können. Ob es zu dieser Wiedervereinigung tatsächlich kommt, ist natürlich unsicher. Ausgeschlossen werden kann sie jedenfalls nicht. In beiden deutschen Staaten gibt es Entwicklungen, die eine solche Wiedervereinigung heute jedenfalls wahrscheinlicher machen, als sie es noch vor zwei, drei Jahren gewesen ist. Ein wiedervereinigtes Deutschland könnte und sollte nicht neutral bzw. neutralisiert sein. Würde aber zumindestens [sic!] der westliche Teil des wiedervereinigten Deutschlands weiter in der NATO und das gesamte Deutschland [in] der EG integriert bleiben, dann würde sich daraus aber nicht jene Bedrohung durch einen neu entstandenen militärisch und wirtschaftlich dominierenden Superstaat ergeben, die allgemein befürchtet wird.“ Nowotny reagierte offensichtlich auf Überlegungen in puncto Neutralisierung Osteuropas, die in US-Medien thematisiert worden waren. So hatte diesen Gedanken beispielsweise Irving Kristol mit seinem Artikel „Why not Neutralize Eastern Europe?“ in der *International Herald Tribune* vom 13. September 1989 aufgebracht.

Für die österreichische Diplomatie und Politik kam dann der Fall der Berliner Mauer trotz aller Einschätzungen und Voraussagen überraschend. In den ersten Wochen und Monaten nach dem 9. November wurde nicht mit der „Wiedervereinigung“ gerechnet. Das Thema der deutschen Einheit war ein Tabu. Die Begeisterung und Freude über die unerwarteten Ereignisse in Ostdeutschland hielten sich daher am Ballhausplatz in Grenzen. Bauer fasste die Haltung Wiens so zusammen: „Wir